European Forum for Freedom in Education
Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen

www.effe-eu.org contact@effe-eu.org

Liebe *effe* Mitglieder,

hier ist *effe*s Infobrief zu Jahresbeginn mit ersten Informationen aus dem EU Büro in Brüssel und von *effe* Mitgliedern.

Wir schauen mit Spannung auf das Jahr, die Entwicklung im bildungspolitischen Bereich und hoffen erneut auf so viel Unterstützung wie möglich.

Herzliche Grüße aus Brüssel und viel Spaß beim Lesen!

Inhalt

Informationen aus Brüssel
- EASEA Unterstützungserklärung
- Die ungarische Präsidentschaft des Europäischen Rates
- Konsultation der Europäischen Kommission zu nicht-formalen und informellen Lernen

Beitrag von *effe* Mitgliedern
- „Auf dem Weg zu einer ganzheitlichen europäischen Bildung?“

Neuigkeiten
- *effe* Kolloquium in Wien, April 2011
- Neue *effe* Webseite
- Finden Sie *effe* auf Facebook!

effes Unterstützungserklärung zur „Schriftlichen Erklärung zur Einführung eines Europäischen Statuts für Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Verbände und Stiftungen“

Hintergundinformation

Seit vielen Jahren gab es Bemühungen einen Gesetzesrahmen für Europäische Verbände wie das *effe* festzusetzen. Letztes Jahr wurden erneut Anstrengungen untergenommen und eine schriftliche Erklärung dem Europäischen Parlament zur Verabschiedung vorgelegt (eine Kopie dieser Erklärung kann man unter finden: http://www.europeanstatuteswrittendeclaration.eu/). Absicht ist es, der Arbeit und dem Status Europäischer Verbände institutionelle Anerkennung zu verleihen, um ihre Arbeit auf transnationaler und europäischer Ebene zu fördern. Ein europäisches Statut wurden bereits verabschiedet, um die ökonomische Situation für Firmen und Genossenschaften im europäischen Binnenmarkt zu erleichtern. Jedoch wurden europäische Verbände und Organisationen ausgelassen.

Zur Verabschiedung des Statuts wird die Unterstützung einer Mehrheit im Europäischen Parlament bis zum 17. Februar 2011 benötigt.

***effe* Erklärung**

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen (*effe*) ist eine Nichtregierungsorganisation im Bereich der allgemeinen Bildung. Wir verstehen uns als ein Forum, in dem aktuelle Fragen zur Bildung im Europäischen Raum Eingang finden. Unsere Mitglieder sind interessierte und aktive Bürger aus dem Schulbereich – Lehrer, Schule, Schulverbände – aber auch aus der Bildungsverwaltung, dem universitären Bereich usw. Alle Mitglieder des *effe* treten für das Recht auf Bildung und Bildungsfreiheit sowie für Vielfalt im Bildungswesen ein.

Am 10. November 2010 wurde eine „schriftliche Erklärung zur Einführung eines Europäischen Statuts für Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Verbände und Stiftungen“ im Europäischen Parlament vorgelegt. Dieser Schritt ist *effes* Erachtens nach begrüßenswert und *effe* hält das Europäische Parlament dazu an, diese Erklärung zu unterstützen. *effe* freut sich, Mitglied des Europäischen Bündnis zum Statut für Europäische Verbände (EASEA) zu sein, ein Bündnis bürgergesellschaftlicher Organisationen, die gemeinsam zur Unterstützung der Erklärung beitragen.

Europäische Verbände spielen eine entscheidende Rolle bei der Ermöglichung und Förderung der aktiven Teilnahme der Bürger Europas. Durch die Unterstützung der Einzelnen oder bürgergesellschaftlichen Organisationen begünstigen europäische Verbände ein europaweites Gemeinschafts- sowie auch Kohäsionsgefühl. Sie eröffnen jedem die Möglichkeit, sich in seiner Umgebung und für seine Mitmenschen zu engagieren. Sie gestalten eine Verbindung zwischen nationaler Ebene und den Institutionen der Europäischen Union, welche einen Dialog und einen Informationsaustausch ermöglicht. Dies ist zur Weiterentwicklung von EU-Politik und ihrer Umsetzung unumgänglich.

***effe* meint, dass ein *Statut für Gesellschaften Europäischer Verbände* die Arbeit solcher Organisationen unterstützen und dabei eine aktive, europäische Bürgerschaft fördern kann.** Die vereinfachte Teilnahme an grenzüberschreitenden Projekten und

Programmen wird dabei helfen, nicht nur interkulturelles Verständnis zu verbessern, sondern auch eine gemeinsame europäische Identität zu entwickeln.

***effe* meint, dass ein *Statut für Gesellschaften Europäischer Verbände* Organisationen und ihrer Arbeit institutionelle Anerkennung zugestehen wird.** Wichtig ist, dass diejenigen, die einen positiven Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, anerkannt werden und auf höchstem Niveau unterstützt werden. Diese Anerkennung wird die Arbeit dieser Organisationen verbessern.

***effe* meint, dass ein *Statut für Gesellschaften Europäischer Verbände* Kohäsion zwischen europäischen Verbänden und den EU Institutionen unterstützen wird.** Ein gemeinsamer Rahmen bietet Europäischen Verbänden klare Registrierungsmöglichkeiten und somit auch einen rechtlichen Status. Als bedeutende wirtschaftliche Akteure wird dieser rechtliche Status auch die ökonomische Situation Europäischer Verbände erleichtern.

Zusammen mit anderen bürgergesellschaftlichen Organisationen hofft das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen (*effe*), den jeweiligen Institutionen der EU eine eindeutige und klare Botschaft zur Unterstützung der „Schriftlichen Erklärung zur Einführung eines Europäischen Statuts für Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Verbände und Stiftungen" zu liefern. Angesichts des bestehenden Statuts für Firmen und Genossenschaften sehen wir es als richtig an, dass die gleichen Rechte auch für Verbände und Stiftungen gelten. Dieses Statut wird langfristig auch den EU-Institutionen von Nutzen sein, denn gerade mit Hilfe Europäischer Verbände kann ein zugängliches Europa für alle verwirklicht werden.

Die ungarische Präsidentschaft des Europäischen Rates

Die Glockenschläge um Mitternacht am 1. Januar haben nicht nur den Anfang eines neuen Jahres angekündigt, sondern auch den ersten Tag des sechsmonatelang ungarischen Vorsitzes des Europäischen Rates. Mit einer riesigen Silvesterparty und zwei Tagen kultureller Veranstaltungen in Budapest, wurde der Anfang der magyarischen Präsidentschaft gefeiert – der Beginn eines ehrgeizigen Programms für die kommenden Monate. Dennoch verliefen die ersten Wochen nicht ganz reibungslos, nach dem die Europäische Kommission ihre Sorgen um die vor kurzem angenommenen Wochen nicht ganz reibungslos, nach dem die Europäische Kommission ihre Sorgen

um die vor kurzem angenommenen „Mediengesetzte" in Ungarn geäußert hatte.[1]

Der mit der Ratspräsidentschaft wechselnde Ratspräsident arbeitet eng zusammen mit dem ständigen Ratspräsident, Herman Van Rompuy. Ungarn ist das letzte Land des aktuellen drei-Länder „Trios“, welches von drei aufeinanderfolgenden Präsidentschaften gebildet wurde (Spanien und Belgien in 2010). Die Zusammenarbeit dient in erster Linie dazu, eine Kontinuität in der politischen Linie zu ermöglichen. Viktor Orbán (im Foto), der Ministerpräsident Ungarns, stellte während der Übergabezeremonie die vier Prioritäten der Präsidentschaft vor; Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, ein ‚stärkeres‘ Europa, eine ‚bürgernahe‘ Union und die EU Erweiterung. Andere Themen auf dem Programm sind die Entwicklung eines ‚ständigen Mechanismus des Krisenmanagements für die Eurozone‘, Bulgariens und Rumäniens Mitgliedschaft im Schengener Abkommen (die Region Europas, wo keine inländische Grenzkontrolle bestehen) und die Gestaltung der europäischen Roma-Politik. Dieser letzte Punkt ist im Bereich der Bildungspolitik und Jugendpolitik von besonderer Bedeutung.

Die Kompetenz im Bereich Bildung liegt noch immer bei den einzelnen Mitgliedsstaaten, das gesagt, ist die Europäische Union dennoch in diesem Bereich tätig. Die

trio.hu

in der Europa 2020 festgelegten Ziele bzgl. Bildung und Weiterbildung (Senkung der Schulabbrecherquote auf unter 10% und die Anhebung der Zahl der jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen auf mindestens 40%), stehen erneut im Mittelpunkt der Bildungsprioritäten der ungarischen Präsidentschaft.

Das Wesen des Trios (wie oben erklärt) bedeutet, dass sich viele Themen und Linien der Bildungspolitik unter der ungarischen Präsidentschaft aus der Arbeit der vorhergegangenen spanischen und belgischen Präsidentschaften ergeben. Es gibt allerdings zwei ‚neue‘ Hauptbereiche, deren Aufnahme bemerkenswert ist; der erste Bereich ist

Sport. Zurzeit steht keine direkte Finanzierung für Sport im EU Haushalt zur Verfügung, dieser ist aber seit der Verabschiedung des Lissabon Vertrags 2009 eine Kompetenz der Europäischen Union. Ungarn hat sich dafür entschieden, Sport als Leitidee seines Jugendprogrammes zu machen. Der ungarische Sportminister, Herr Attila Czene, hat am 25. Januar bei der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament klar geäußert, dass Sport weit reichende soziale, kulturelle, gesundheitliche und ökonomische Vorteile habe. Für je einen Euro, den man in Sportinitiativen investiere, spare man zwei Euros in anderen sozialen Programmen. Nach der Verabschiedung der ersten Mittelung bzgl. Sport der Europäischen Kommission in Januar 2010, scheint es, dass die Europäischen Institutionen dazu bereit sind, sich mit diesem neuen Politikbereich zu beschäftigen.

Die Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Roma-politik ist der zweite Politikbereich, welcher zum ersten Mal im Programm der Ratspräsidentschaft erscheint. Als die

bevölkerungsreichste ethnische Minderheit Europas, sind die Roma oft Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Bildung wäre ein Hauptinstrument zur Eingliederung der Roma, aber auch anderer unterrepräsentierter Gruppen in unserer Gesellschaft. Die ungarische Präsidentschaft hofft auf die Verabschiedung einer Rahmenstrategie im Juni 2011, welche „die Grundlage der einheitlichen europäischen Roma-Politik bilden wird, dieser angepasst sollen die einzelnen Mitgliedstaaten ihre eigenen Roma-Integrationsstrategien erarbeiten." Diese ehrgeizige und komplexe Aufgabe wird ohne Frage viel Zeit der Präsidentschaft in Anspruch nehmen, um auch wirklich in sechs Monaten vollendet werden zu können.

Wie in der Einleitung dieses Artikels erwähnt, ist der erste Monat der ungarischen Ratspräsidentschaft nicht ohne Kontroversen verlaufen. Angesichts der anhaltenden Finanzprobleme in der Eurozone wird es auch nicht ohne weitere Herausforderungen bleiben. Ministerpräsident Orbán, welcher seit der Parlamentswahlen im April letzten Jahres im Amte ist, bleibt aber optimistisch und sagte, dass die ungarische Präsidentschaft „neuartige Impuls" setzten wird.

effe möchte die Bedeutung der Bildung außerhalb eines rein ökonomischen Zwecks unterstreichen. Bildung, zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung, ist begrüßenswert und wird von *effe* stark unterstützt. Die EU-weite aufgekommene Diskussion um die Roma muss auf EU Ebene besprochen werden. Nur so kann eine integrative und integrierende Lösung gefunden werden. Bildung in allen Formen und Facetten kann und sollte hier eine bedeutende Rolle spielen. Nach wie vor bleibt die Fokussierung auf ökonomische Ziele der Europa 2020 Strategie eine Bedrohung zur Entwicklung und zum Erfolg der Freiheit in den Bildungssystemen Europas. *effe* wird auch in den kommenden Monaten die Entwicklungen im Bereich von Bildung beobachten und möchte der ungarischen Präsidentschaft viel Erfolg in ihrer Arbeit hin zu einer kindzentrierteren Bildungspolitik wünschen.

[1] Vgl: http://www.euractiv.com/de/prioritaten/die-ungarische-eu-ratspr-sidentschaft-linksdossier-500826
[2] Polen, Dänemark und Zypern werden das nächste "Trio" bilden und werden Anfang Juli die Führung des Rates übernehmen. Vgl: *effe*s Oktober Infobrief: http://effe.eu.org/images/Newsletter/infobrief_2010_4_en.pdf
[3] Vgl: http://www.eu2011.hu/de/die-prioritaeten-der-ungarischen-eu-ratspraesidentschaft
[4] Vgl: http://www.eu2011.hu/de/die-gestaltung-der-europaeischen-roma-politik
5 Vgl: http://www.eu2011.hu/de/die-prioritaeten-der-ungarischen-eu-ratspraesidentschaft
[6] Vgl: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0012:FIN:DE:PDF
[7] Vgl: http://www.eu2011.hu/de/die-gestaltung-der-europaeischen-roma-politik
[8] Vgl: http://www.eu2011.hu/de/die-gestaltung-der-europaeischen-roma-politik
[9] Vgl: http://www.eu2011.hu/news/belgium-passes-eu-presidency-flag-hungary (auf Englisch)

"Auf dem Weg zu einer ganzheitlichen europäischen Bildung?"

Dieser Beitrag wurde vom Prof. Dr. Köpcke-Duttler eingereicht

Während des Symposiums des Instituts für Bildungsforschung und Bildungsrecht am 5. Februar 2010 im Neuen Rathaus zu Hannover („Bildung und Ökonomie in Europa – Schule im Spannungsfeld von Staat und Markt") hat Anne Liekenbrock nicht allein einen Blick auf Art. 149 Abs. 1 des EG-Vertrags geworfen, nach dem die Gemeinschaft die Tätigkeit der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung des Bildungssystems unterstützt und angesichts der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls

ergänzt. Ihre kritischen Erwägungen gegen die gezielte Etablierung eines „einheitlichen europäischen Bildungsmarktes“ (Reinhold Sackmann) gehen in die Richtung, Bildung nicht (zumindest nicht ausschließlich) als Mittel zum Zweck zu betrachten, als Motor für ökonomisches Wachstum, zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Einer ökonomischen Funktionalisierung von Bildung hat sie widersprochen, auch der Ausrichtung der Bildung an der Logik des Wachstums des Wirtschaftssystems. Wenn auch in der ET 2020 unter anderem gesprochen werde von der Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns, so sei doch die Gefahr vorhanden, dass die alten Ziele vorrangig blieben. Wiederum sah die Referentin Anzeichen für einen Sinnes-Wandel des allgemeinen Bildungsverständnisses. Der noch zu Beginn der Lissabon-Strategie stark auf seine ökonomische Relevanz bezogene Bildungsgedanke erhalte eine „zusätzliche Dimension mit ganzheitlicher und sozialer Betrachtung von Bildung“.[1] Am Schluss des Vortrags wird wiederum die immer noch zu beobachtende Fokussierung des Bildungsbegriffs auf ökonomische Dimensionen (Humankapital) kritisiert; sie erscheine wenig geeignet, verantwortungsbewusste und demokratiefähige Menschen zu bilden. Die Bedeutung des „Humankapitals“ zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wird hier in Frage gestellt. Es heißt deutlich, sie dürfe nur Teil einer „ganzheitlichen Bildung“ sein, von der in der Europäischen Union aber erste Anzeichen erkennbar seien. Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen habe schon vor zwanzig Jahren auf die Bedeutung von sozialer Bildung, aktiver Bürgerschaft, Lehrerqualität, Aktivität beim Lernen hingewiesen.

Diese Hinweise scheinen aber auf der europäischen Ebene nicht durchgedrungen zu sein. Zudem ist die Frage zu stellen, ob das effe selber Grundgedanken einer allgemeinen Menschenbildung, die von verschiedenen europäischen Quellen angeregt wird, in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt, ob es energisch genug dominanten Tendenzen widersprochen hat, Bildung in der Perspektive der „Human-Resources“ zur „employability“ (Heiner Barz) zu verringern. Von dieser Frage aus wende ich meinen Blick der Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung zu. Mit ihr wird ein Prozess der Universalisierung der Menschenrechte gestärkt, der sich mit einem weiten Blick auf Verletzungs-Situationen, Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Krieg, unmenschliche Strafen, Zwangsverstümmelung, aufgezwungene Armut verbindet. Dieser Prozess der Universalisierung des Menschen-Rechts muss auch ganz Europa durchdringen, zumal die neue Menschenrechts-Konvention getragen wird von einem Ethos der universalen Verbundenheit der Menschheit. Wenn in der Konvention die Verpflichtung zum Respekt vor der Unterschiedenheit der Menschen und der Akzeptanz der Behinderung als „part of human diversity und humanity“ ausgesprochen wird, so wird damit deutlich, dass „humanity“ (Menschheit sowohl als Menschlichkeit) nicht ohne die Öffnung philosophischer und religiöser Horizonte gedeutet werden kann. In diesem Sinn spricht die „Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung“ von einem „Leitwert Globalsolidarität“[2], der sich speisen soll aus einer neuen Qualität der Verbundenheit, aus dem gemeinsamen Wissen um die Verletzlichkeit aller Menschen, aus ihrem Mitfühlen und ihrem Sinn für Zusammengehörigkeit. So geraten die Einsicht in die Verletzlichkeit und der Widerstand gegen das Leiden Unschuldiger, menschheitliches Denken und Fühlen in den Horizont einer Bildung, die ökumenische Solidarität, inter- und transkulturelle Gespräche in sich austrägt.

Menschen dürften nicht gedemütigt, nicht Grausamkeiten unterworfen, nicht Erniedrigungen ausgesetzt, nicht als Untermenschen verachtet werden. Auch für eine europäische Rechtsordnung gilt die Einsicht, dass Würde und aufrechter Gang dem Menschen nicht gegeben sind, dass der Geist der Erwürdigung und der Geschwisterlichkeit allenthalben von Hunger, Kriegen, vielen Formen der Behinderung der Lebensmöglichkeiten bedroht wird. Die Suche nach einem europäischen Humanismus als Beitrag zu einem erdweiten Humanismus beugt sich nicht einem „ökonomischen Imperialismus“ (so der Theologe Hans Küng); so müssen ökologische Fragen in die europäischen Bildungswege hineingenommen werden, zumal der Mensch nur leben kann inmitten einer lebenswerten Umwelt. Eine europäische Bildung muss in sich aufnehmen die Geltung wahrhaft universeller Menschenrechte, die Suche nach wechselseitiger Anerkennung und Solidarität, wobei auch die Relationalität der Menschenrechte (Abwehr-, Entwicklungs-, Anspruchs-, Partizipationsrechte) hervorzuheben ist (Freiheit, Gleichheit, Teilhabe). Die Ergänzung dieser Verhältnisbegriffe geschieht auch in dem Nachdenken über ökologische Menschenrechte und den Aufbau einer ökologischen Demokratie – auch in einem europäischen Horizont. Die Demokratisierung des Bildungswesens führt zu neuen Formen sozialen und ökologischen Lernens. Eine „inklusive Pädagogik“[3] beruft sich auf die (immer noch ausstehende) Universalität der Menschenrechte, wobei – entgegen einem ökonomischem Triumphalismus – Leiden, Schwäche, Begrenztheiten nicht geleugnet oder verdrängt, sondern als Herausforderung für ein Zusammenstehen auch auf der europäischen Ebene entdeckt werden.

[1] Anne Liekenbrock, Der Einfluss der Europäischen Union auf nationale Bildung, in: Bildung und Ökonomie in Europa / Schule im Spannungsfeld von Staat und Markt. Sonderheft Nr. 3. Informationsschrift des Instituts für Bildungsforschung und Bildungsrecht, Juni 2010, S. 26

[2] H. Rauch / A. Striegl, Die Wende der Titanic. Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung, München 2005

[3] Annedore Prengel, Inklusion in der Frühpädagogik. Bildungstheoretische, empirische und pädagogische Grundlagen, München 2010, S. 46; Heiner Bielefeldt, Essay: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention

Rechtsanwalt und Diplom-Pädagoge
Prof. Dr. Köpcke-Duttler
Bernhard-Fischer-Straße 8
97340 Marktbreit
raprof.Koepcke-Duttler@t-online.de

Konsultation zu nicht-formalen und informellen Lernen

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen (*effe*) hat in der letzten Woche auf die „Konsultation über die Validierung und Anerkennung von nicht-formalen und informellen Lernen“ der Europäischen Kommission reagiert. Dieses Dokument kann auf der *effe* Webseite unter (http://effe-eu.org/images/Publications/nfil_consultation.pdf) gefunden werden.

Die europäische Kommission veröffentlich regelmäßig Konsultationen, in deren Rahmen sich bürgergesellschaftliche Organisationen und oder auch individuelle Personen aktiv an der Gestaltung der EU-Politik beteiligen können. Die Ergebnisse dieser Konsultation sollen im Frühjahr 2011 veröffentlicht und auf der Webseite der Generaldirektion für Bildung und Kultur publiziert werden.

effe Kolloquium 2011

Das *effe* Kolloquium 2011 findet von 28.-30. April 2011 am Werkstätten- und Kulturhaus in Wien, Österreich, statt.

Seit mehr als drei Jahrzehnten prägen alternative pädagogische Initiativen die Bildungslandschaft in Österreich entscheidend. Schulen und Kindergruppen in freier Trägerschaft beschreiten und zeigen zukunftsweisende Wege: selbstbestimmt, demokratisch und sozial kompetent. Die Veranstaltung bietet durch Vorträge, Workshops, Diskussionen, Performances und Installationen einen Einblick in die aktuelle alternative Pädagogik und den darauf begründeten bildungspolitischen Diskurs.

Weitere Informationen in kürze auf unserer Webseite: www.effe-eu.org . Wir freuen auf Ihre Teilnahme!

Neue *effe* Webseite

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen (*effe*) hat eine neue Webseite entwickelt, die jetzt online unter www.effe-eu.org besucht werden kann. Hier finden Sie sowohl Neuigkeiten über das *effe*, die aktuellsten Entwicklungen der EU-Bildungspolitik aus Brüssel, sowie *effe*s Publikationen, wie z.B. den Infobrief etc. Wir bitten um Anregungen, Kommentare und kritische Anmerkungen.

Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Finden Sie *effe* auf Facebook!

Sie können ab jetzt die Aktivitäten des Europäische Forums für Freiheit im Bildungswesen (*effe*) auch auf Facebook verfolgen! Wir haben eine Facebook-Seite erstellt, wo die neuesten Updates aus dem EU-Büro in Brüssel, Hinweise auf Publikationen und Veranstaltungen des *effe* und neuste Entwicklungen der EU-Bildungspolitik immer up-to-date sind! Suchen Sie in Facebook einfach nach „Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen“ oder klicken direkt auf: http://www.facebook.com/home.php?#!/pages/European-Forum-for-Freedom-in-Education/147517865292876 und klicken Sie auf „Gefällt mir“.

Ihre Redaktion:
Anne Liekenbrock
Elisabeth Köpke
Joshua Tebbutt (Praktikant)